

in hoheneims

Information
und Standpunkte
der Hohenemser
Sozialdemokraten
An einen Haushalt.
P.b.b



Gerhard Unterkofler
SPÖ-Ortsparteivorsitzender

**Liebe Hohenemserinnen,
liebe Hohenemser!**

Im November letzten Jahres wurde in der Stadtvertretung einstimmig der Grundsatzbeschluss zur Umgestaltung der Innenstadt beschlossen, damit diese im heurigen Frühjahr starten konnte. Meiner Meinung nach fehlt allerdings immer noch die Vision einer Fußgängerzone in der Marktstraße. Außerdem bin ich fest davon überzeugt, dass die Marktstraße nur dann wirklich funktionieren kann, wenn zumindest ein großes Geschäft vorhanden ist, dass kaufwillige Leute anzieht.

Wir sind an Ihrer Meinung interessiert!

Obwohl die FPÖ immer wieder von direkter Demokratie redet, hat sie bisher dahingehend in Hohenems keine Schritte unternommen. Wir von der SPÖ Hohenems wollen Ihre Meinung zu verschiedenen Themen erfahren. Deshalb haben wir eine Online-Umfrageplattform eingerichtet. Hier können Sie anonym an unseren Umfragen teilnehmen. Die ersten zwei Umfragen befassen sich mit den Themen „Tempo-30-Zone in Wohngebieten“ und „kostenfreie Grünmüllentsorgung“.

Wollen Sie bei uns mitarbeiten? Haben Sie Interesse an der Stadtpolitik? Haben Sie Verbesserungsvorschläge? Dann setzen Sie sich einfach mit mir in Verbindung: gerhard.unterkofler@hohenemser-spoe.at

Kinderbetreuung kostenfrei!



Foto: © S.v.Gehren / pixelio.de

Elternbeiträge belasten Familien enorm. Deshalb will die SPÖ einen freien Zugang zu allen Einrichtungen.

Die SPÖ Hohenems fordert, dass alle Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadt Hohenems kostenfrei angeboten werden. „Das wäre eine enorme finanzielle Entlastung für alle Eltern“ stellt SPÖ-Chef Gerhard Unterkofler fest. Vor allem die Kosten für Ganztagesbetreuung seien für viele schlicht nicht bezahlbar.

Neues Tarifmodell des Landes bringt kaum Entlastungen

Auch das neue sozial gestaffelte Tarifmodell des Landes wird keine wesentlichen Verbesserungen bringen. Es ist begrüßenswert, dass Mindestbezieher nur 20 Euro pro Monat bezahlen. Doch

Eltern, die etwas mehr verdienen, müssen ganz kräftig für die Betreuung in ihre Tasche greifen. Günter Zechner von der SPÖ Hohenems rechnet vor: „Eine allein erziehende Mutter mit 1.295 Euro Nettoeinkommen (+ 170,20 Euro Familienbeihilfe, Kinderabsetzbeitrag) muss immer noch 75 % des Normaltarifes bezahlen, um ihr zweijähriges Kind in einer Ganztageskinderbetreuung unterzubringen. Das sind 309,75 Euro im Monat. Damit wird mehr als ein Fünftel ihres Einkommens von den Kosten für Kinderbetreuung weggefressen. Das ist alles andere als eine gute Lösung.“

Kinderbetreuung ist Bildungseinrichtung

Gerhard Unterkofler erklärt, dass die vorschulischen Kinderbetreuungseinrichtungen gleichzeitig

auch die ersten Bildungseinrichtungen sind: „Es geht hier nicht nur um Betreuung. Kleinkinderbetreuung und Kindergarten tragen im hohem Maße zum Erlernen von Sprache, sowie kognitiven und sozialen Fähigkeiten bei. Es ist daher nicht zu erklären, dass die Eltern dafür zur Kasse gebeten werden sollen, während das Schulsystem kostenlos ist.“ Schlussendlich sei die Kostenfreiheit auch eine Frage der Chancengleichheit. „Damit hätten auch Kinder aus bildungsfernen Familien eine viel bessere Ausgangssituation, wenn sie in die Schule kommen. Insofern ist kostenfreier Zugang zur Kinderbetreuung auch eine der wichtigsten Integrationsmaßnahmen.“

Tempo-30-Zone in Wohngebieten



Günter Zechner ist Verkehrssprecher der SPÖ Hohenems

Eine Tempo-30-Zone ist nicht nur eine Maßnahme zur Verkehrsberuhigung, sondern erhöht auch die Verkehrssicherheit.

Günter Zechner, Verkehrssprecher der Hohenemser SPÖ, tritt vehement für Tempo 30 in Wohngebieten ein. „Tempo 30 hat es in den Hohenemser Wohngebieten schon einmal gegeben“ erklärt der SPÖ-Verkehrssprecher. Diese wurde allerdings 2001 per Verordnung des damaligen Bürgermeister Niederstetter aufgehoben.“ Einzige Ausnahme bildet die Innenstadtzone, wo bis zum heutigen Tage Tempo 30 seine Gültigkeit hat. Durch niedrigere Geschwindigkeit und den daraus resultierenden kürzeren Anhalteweg soll die Verkehrssicherheit auch für Kinder in den

Wohngebieten erhöht werden. Die Hohenemser SPÖ lädt die Emser Bevölkerung ein, an dieser Aktion teilzunehmen.

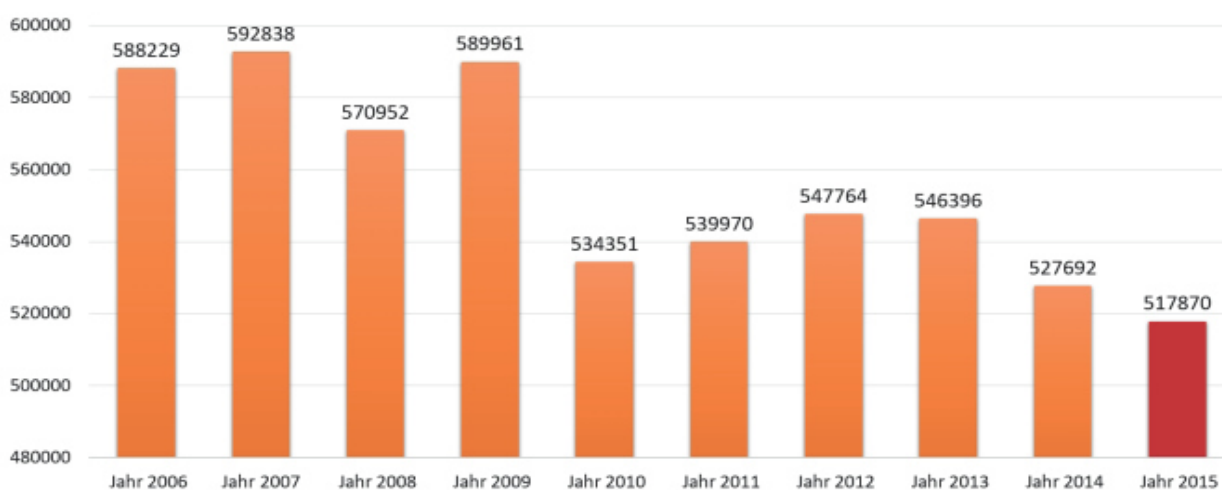
Die SPÖ Hohenems startet ab Oktober eine Online-Umfrage zu „Tempo-30-Zone in Wohngebieten.“

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Unter <http://umfrage.hohenemser-spo.at/> können sie an der anonymen Umfrage teilnehmen.

Österreich, eines der sichersten Länder der Welt!

Laut dem neuesten Global Peace Index 2016 gehört Österreich zu den sichersten Staaten der Welt. Hinter Island und Dänemark ist Österreich auf dem dritten Platz. Außerdem ist die Kriminalitätsentwicklung in den letzten Jahren stark rückläufig und die Aufklärungsquote ist gestiegen. Die Angstmacherei der FPÖ entbehrt also jeder Grundlage.



Entwicklung der Gesamtkriminalität in Österreich von 2006 bis 2015

Quelle: BK - Sicherheitsbericht Österreich 2015

1.	Island
2.	Dänemark
3.	Österreich
4.	Neuseeland
5.	Portugal
6.	Tschechien
7.	Schweiz
8.	Kanada

Teilerfolg: Verkehrssicherheit für Kinder

In der Sitzung der Hohenemser Stadtvertretung vom 12. April 2016 forderte die SPÖ in einem Antrag die Umsetzung konkreter Maßnahmen für mehr Verkehrssicherheit für Kinder. Dabei ging es darum, an der Aktion „Kindersicherer Straßenverkehr“ des Kuratoriums für Verkehrssicherheit teilzunehmen. „Das sind ganz einfache Maßnahmen mit denen die Sicherheit auf Schulwegen deutlich verbessert werden hätte können“, erklärt SPÖ-Verkehrssprecher Günter Zechner. Zwar lehnte die Mehrheit in der Stadtvertretung eine Teilnahme am Projekt ab. Dennoch wurde zugesagt, bei Schulen abhängig von der konkreten Situation verbesserte Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Die SPÖ freut sich über diesen Teilerfolg und wird sich weiterhin für eine Verbesserung der Verkehrssicherheit einsetzen.

Cineplexx Deal

ÖVP und FPÖ verzichtet zugunsten einer Kinokette auf Tausende von Euros.



ÖVP und FPÖ verzichten bis 2028 freiwillig auf eine Erhöhung der Vergnügungssteuer für das Kino.

Foto: © SPÖ Hohenems

Ausgangslage: Vor 16 Jahren hat die Stadtvertretung beschlossen, dass das Kino keine Vergnügungssteuer bezahlen muss.

ÖVP-Bürgermeister Niederstetter und FPÖ-Vizebürgermeister Themessl haben dem Betreiber von

Cineplexx außerdem versprochen, dass die Stadt für immer auf eine Vergnügungssteuer verzichten werde. Wer das Gemeindegesezt kennt, weiß, dass weder Bürgermeister noch sein Vize eine solche Zusage hätten machen dürfen, denn die Stadtvertretung kann

natürlich jederzeit einen anderen Beschluss fassen. In der Zwischenzeit hat die Stadtvertretung eine Vergnügungssteuer von drei Prozent beschlossen. Dagegen wollte Cineplexx gerichtlich vorgehen. Nun wurde in der Stadtvertretungssitzung mit einer ÖVP/FPÖ

Mehrheit ein Vergleich mit Cineplexx abgesegnet, mit dem Hohenems in den nächsten Jahren auf Tausende von Euros an Steuern verzichtet. Hohenems reduzierte sogar die Vergnügungssteuer von 3% auf 2,5%. Des Weiteren beschloss die ÖVP/FPÖ Mehrheit, dass Hohenems bis 2028 auf eine Erhöhung der Vergnügungssteuer verzichtet.

Die Emser SPÖ stellte daraufhin die Forderung, dass die Stadt Hohenems bei einem externen Fachmann und beim Landesvolksanwalt eine Expertise einholen solle, um abzuklären, ob der frühere Bürgermeister Christian Niederstetter und sein Vize Bernhard Themessl ungesetzlich gehandelt hätten und deshalb für den Verlust aus der Reduzierung der Vergnügungssteuer haftbar gemacht werden könnten.

ÖVP und FPÖ lehnten diesen SPÖ-Antrag ab. „Hier soll der Mantel des Schweigens über Themessl und Niederstetter ausgebreitet werden“, ärgert sich Stadtvertreter Unterkofler.

Für kostenfreie Schulstartpakete

Der Schulanfang ist für viele Familien finanziell sehr belastend. Die SPÖ-Hohenems fordert deshalb, dass alle Emser Schülerinnen und Schüler mit Sachleistungen unterstützt werden.

Laut Untersuchungen der Arbeiterkammer in Wien muss beim Schulanfang mit durchschnittlichen Kosten von 140 Euro gerechnet werden. Dazu kommen noch Kosten für Sport-, Wien- und Projektwochen. Auch in diesem Jahr gab es deshalb auf Initiative des Sozialministeriums für Be-

zieher der Mindestsicherung ein Schulstartpaket. Doch auch Eltern, die etwas mehr als die Mindestsicherung verdienen, kommen zu Schulbeginn schnell an ihre finanziellen Grenzen. In Österreich ist der Besuch der Pflichtschule zwar kostenlos, doch Kinder in die Schule zu schicken, wird immer

kostspieliger. „Hier muss die Stadt finanziell einspringen. Der Antrag der SPÖ auf ein „Schulstartpaket“ für alle Emser SchülerInnen wurde auf der Stadtvertreterversammlung in den Bildungsausschuss verwiesen. SPÖ-Chef Gerhard Unterkofler befürchtet, dass ÖVP und FPÖ dieser SPÖ-Forderung nicht zustimmen

werden. Das Argument der zu hohen Kosten lässt Unterkofler dabei nicht gelten: „Die Stadt verzichtet mit dem Cineplexx-Deal freiwillig auf Tausende von Euros. FPÖ und ÖVP zeigen sich beim Kino sehr großzügig, da sollten sie bei Schulkindern nicht kleinlich sein.“

Kostenfreie Grünmüllentsorgung

Die SPÖ Hohenems ist der Meinung, dass die Stadt Hohenems auf die Gebühren beim Grünmüllplatz verzichten soll. „Altach ist in dieser Hinsicht ein positives Beispiel“, meint Günter Zechner von der Emser SPÖ. „Dort gibt es keine Gebühren für den Grünmüll.“

Zechner fordert des Weiteren, dass der Emser Grünmüllplatz täglich geöffnet ist. Hohenems nimmt momentan etwa 9000 Euro im Jahr an Grünmüllgebühren ein. Darauf sollte man verzichten, zumal Hohenems zu jenen Gemeinden gehört, die die höchsten Müllgebühren haben.



Altach verlangt keine Gebühren für Grünmüll, Hohenems schon.

Emsbachverbauung nicht ohne Bürgerbeteiligung

Wir fordern FPÖ und ÖVP auf, bei der Emsbachverbauung auf die Bürgerbeteiligung nicht zu vergessen. Die SPÖ-Hohenems stellt als Diskussionsgrundlage eine „Flaniermeile“ am Emsbach vor: Keine Protzbauten, sondern kleine Einheiten mit Geschäften und Startwohnungen für junge Leute. Außerdem fordern wir die Eingliederung der alten Säge und deren Umbau zu einem „Café am Emsbach“.



Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Die SPÖ Hohenems startet ab Oktober eine Online-Umfrage zum Grünmüllplatz. Unter <http://umfrage.hohenemser-spoe.at> können sie an der anonymen Umfrage teilnehmen.

Ortsparteichef trifft Kanzler



Gespräch über sozialdemokratische Politik

Mit Christian Kern weht ein neuer Wind in der österreichischen Bundespolitik. Unser Bundeskanzler ist ein Politiker, der sich öffentlichen Diskussionen stellt, die Politik und Österreich zum Besseren verändern will. Mit ihm hat die SPÖ einen Vorsitzenden, der mit vernünftigen Argumenten Politik betreibt. Im Sommer kam es im Zuge des SPÖ-Bundesparteitages in Wien zu einem Zusammentreffen zwischen SPÖ-Ortschef Ger-

hard Unterkofler und dem neuen Bundeskanzler und SPÖ-Bundesparteichef Christian Kern. Gerhard Unterkofler nutzte die Gelegenheit, mit dem Kanzler ins Gespräch zu kommen. „Es war erfrischend, mit Christian Kern über sozialdemokratische Werte zu diskutieren“, so Unterkofler, der seinen Aufenthalt in Wien auch nutzte, sich mit der Bildungsministerin Sonja Hammerschmid auszutauschen.